

Betreff: rnd.de, 22.12.2022, 06:31 Uhr | Länger leben und kürzer arbeiten passt nicht zusammen
Von: Jürgen Beineke <j.beineke@t-online.de>
Datum: 22.12.2022, 21:14
An: hello@sarna-roeser.de

rnd.de, 22.12.2022, 06:31 Uhr
Kolumne „Chefinnensache“

[Länger leben und kürzer arbeiten passt nicht zusammen](#)

»Die Energiekrise stellt viele Unternehmen vor Probleme, die weit größere Herausforderung aber ist der Fachkräftemangel, glaubt RND-Kolumnisten Sarna Röser. In der Kolumne „Chefinnensache“ erklärt die Unternehmerin, warum auch die Politik eine gehörige Portion Mitschuld trägt.«

Ja, vor allem die Politik trägt signifikante Mitschuld. Präziser noch: Die Politikerinnen und Politiker des »Parteienkartells aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN« sind signifikante Verursacher nicht nur des Fachkräftemangels.

Hallo Sarna Röser,

Ihre freche Polemik gegen das (SPD-)„Projekt der Rente mit 63“ – wie Sie es nennen – reicht da nicht aus. Immerhin setzte der SPD-Arbeits- und SPD-Sozialminister Franz Müntefering das Rentenalter auf 67 herauf und schnitt Millionen älteren Beschäftigten den Gang in den vorgezogenen Ruhestand ab.

Und Sie können ganz getrost sein, Altersrente für besonders langjährig Versicherte in der Fassung vom 01.07.2014 schafft sich mit dem Geburtsjahrgang 1964 auch ohne Ihr Zutun von selbst ab.

Sie sollten sich für die Genese des Themas, das Sie hier so oberflächlich behandeln, interessieren und von harten Fakten leiten lassen, nicht von Ihren subjektiven Wahrnehmungen. Wie ist es denn zu dem Fachkräftemangel gekommen?

Von 1991 bis 2010 lt. Böckler Impuls, [Ausgabe 03/2012](#), wurde die Anzahl der Beschäftigten in öffentlichen Dienst um 1,6 Millionen gesenkt; das sind über 30 Prozent.

Arbeitsplätze wurden ausgesourced, um sie dem Tarifrecht zu entziehen und die Stelleninhaber schlechter zu bezahlen. Arbeitsplätze wurden gestückelt und dem Niedriglohnsektor zugeführt. Deutschland ist Niedriglohnland Nr. 1 in Europa. Kein anderes westeuropäisches Land hat einen derart großen Niedriglohnsektor wie Deutschland. Betroffen sind vor allem Frauen und Arbeitnehmer mit niedrigem Bildungsstand. Auch befristete Jobs werden häufig nur mit geringen

Löhnen vergütet. In Deutschland ist ca. jeder vierte Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor tätig.

Meiner Kollegin z.B. wurde von unserem kommunalen Arbeitgeber Anfang der 2000-er Jahre die Freistellung für berufliche Fortbildungsveranstaltungen versagt mit dem Hinweis, das würde sie beruflich überqualifizieren. Einer Krankenschwester im Familienverband wurden bestimmte Tätigkeitsmerkmale mit demselben Argument entzogen. Ich könnte die Beispiele fortsetzen. Reguläre Arbeitsverhältnisse wurden immer weiter fragmentiert – um den Arbeitsmarkt billiger zu machen und euch Arbeitgebern einen Gefallen zu tun.

Selbst die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ursprünglich 60 auf nunmehr 67 Jahren bei Frauen und von 65 auf 67 Jahre bei Männern (und der damit verbundene Rentenklau) reichen als Maßnahme zur Verbilligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht aus, sondern muss um eine neue Variante ergänzt werden – nämlich um den Import von billigen, ausländischen Arbeitskräften. Es geht darum, die schließlich doch ausscheidenden, jetzt eben 67-Jährigen zu ersetzen.

Zudem:

Das Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland sinkt in seiner Tendenz seit 1960. Das wird von Politik und ihren medialen Werbeagenturen systematisch verschwiegen. Es liegt zwischen ca. 56 Mrd. Stunden in 1960 und 62,7 Mrd. Stunden in 2019, obwohl das Erwerbspersonenpotential seit 1960 von rund 26 Mio. [auf 45,6 Mio. Personen](#) (Sept. 2022) und eine Erwerbstätigenquote von 79,9 Prozent in 2021 stieg, die 8,55 Millionen Arbeitnehmer der ehemaligen DDR eingerechnet. Selbstverständlich kann man die Arbeit weiter um und auf 60 Mio. Erwerbspersonen umverteilen, dann braucht man der Philosophie von Frau Nahles und vieler Arbeitgeber nach in der Tat jährlich 400.000 Arbeitskraft-Importe. Hatte Deutschland unter Gerhard Schröder 2000 nicht sogar mal eine Green Card eingeführt.

Worum es also in Wahrheit geht, ist die Beschaffung von billigen und billigsten Arbeitskräften. Das sagen sie uns nicht. Hierfür dient auch die Polemik von Olaf Scholz gegen nicht-erwerbstätige Frauen. Er sieht z.B. [„Steigerungspotenzial“ beim Anteil von Frauen am Arbeitsmarkt](#). Klar, die verrichten ja auch 2022 immer noch die „niedrigen Arbeiten“ und sind begehrte, billige Arbeitskräfte.

Ich möchte Sie zudem noch auf etwas aufmerksam machen: Wir unterhalten uns hier über jene Klientel, von der knapp 2 von 3 Vollzeitbeschäftigte (63%) weniger verdienen als den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswert; nur ein gutes Drittel (37%) hat höhere Bruttoverdienste. Dieses Drittel hat so hohe Verdienste, dass der Durchschnittswert für alle Beschäftigten "nach oben" gezogen wird, nämlich auf 4.000 EURO brutto.

Diejenigen aber, die uns die Almosen zuteilen, sind die die für sich selbst nur eine Hochzeitssause von drei Tagen auf der Prominenteninsel Sylt für angemessen halten und dafür selbst noch mit dem eigenen Flugzeug anreisen. Sie geizten selbst noch um 50 EURO im Zusammenhang mit der Einführung des Image-Namens [„Bürgergeld“](#). Oder, es sind Leute wie Sie oder die politischen Rentner, die sich fürstliche staatliche Apanagen in die Tasche stecken.

Ich werde diese Widerrede an Sie in meine persönliche Homepage einstellen.

Mit eher unfreundlichen Grüßen vom [zornigen Bürger](#)
Jürgen Beineke

=====

Jürgen Beineke
Wittener Straße 344
44577 Castrop-Rauxel
[Jürgen Beineke Homepage](#)